



Der Radikalisierung entgegenwirken und die Gewaltprävention stärken

Radikalisierungsprozesse fordern unsere Gesellschaft heraus. Einzelne oder ganze Gruppen entwickeln extreme politische, soziale oder religiöse Einstellungen und Überzeugungen und verknüpfen diese mit irgendwelchen Ideologien meist islamistischer oder rechtsextremer Herkunft. Daraus entsteht eine brutale Intoleranz gegen alle anderen – ein gefährlicher Nährboden für gewalttätigen Extremismus oder gar Terrorismus. Besonders beunruhigend ist, dass inzwischen besonders häufig ganz Junge in diese Spirale geraten. So waren laut einer Studie am King's College in London zwei Drittel der 60 zwischen Oktober 2023 und August 2024 wegen Terrorverdacht in Westeuropa Verhafteten Teenager, d.h. zwischen 13 und 19 Jahre alt.

Die Radikalisierung von Jugendlichen hat vielfältige Ursachen. Stets eine bedeutende Rolle spielen prekäre Biografien und das Gefühl, dauernd benachteiligt und übergangen zu werden, Schwierigkeiten bei der Inklusion, fehlende Zukunftsperspektiven sowie Erfahrungen der Entfremdung und Ungerechtigkeit. Die Nutzung von Sozialen Medien und Künstlicher Intelligenz macht Radikalisierung noch vielschichtiger. Betroffen sind Jugendliche aus benachteiligten und marginalisierten Milieus ebenso wie aus gut gestellten Familien. Einem erhöhten Risiko ist möglicherweise ausgesetzt, wer eine Fluchtgeschichte hat oder Zurückweisung erfährt.

Nicht jede Radikalisierung führt zu gewalttätigem Extremismus und noch weniger zu Terrorismus. Wer extremistische oder gar terroristische Absichten entwickelt, hat aber meist einen langen, oft widersprüchlichen Radikalisierungsprozess hinter sich. Hier, also bereits bevor es zu Straftaten kommt, kann und soll Prävention ansetzen. Prävention kann nicht alles, aber alles muss versucht werden, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken.

Radikalisierung geht weit über individuelle Erfahrungen wie schulischer Misserfolg, Mobbing, Gewalt in der Familie, emotionaler Mangel und Ablehnung durch das Umfeld aufgrund der Herkunft hinaus. All dies kann Radikalisierung begünstigen und ist veränderbar. Über die Einflussnahme auf die biografische Vorgeschichte hinaus braucht es aber auch langfristig angelegte Massnahmen, um strukturelle Rahmenbedingungen wie den in der Gesellschaft breit verankerten Antisemitismus, den ungenügenden innerislamischen Dialog oder ungenügende Integrations- und Förderangebote anzugehen. Auch hier bleibt viel zu tun.

Die Forderungen der SP Migrant:innen Schweiz:

- *Zentral ist mehr und nicht weniger Integration.* Je mehr Kontakt mit Gefährdeten besteht und ihnen das Gefühl vermittelt wird, in ihren Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung ernst genommen zu werden, desto geringer ist das Risiko der Radikalisierung.
- *Je früher interveniert und je mehr kooperiert wird, desto grösser sind die Erfolgsaussichten.* Bei einer beginnenden Radikalisierung gilt es, rasch mit sozialer Beratung und Betreuung dem Abrutschen in eine Negativspirale bis hin zu Gewaltanwendung entgegenzuwirken.
- *Es braucht einen intelligenten Mix aus repressiven und präventiven Massnahmen und eine intensive Zusammenarbeit aller involvierten Behörden und Träger sozialer Einrichtungen* von Asylzentren über Sportvereinen bis hin zu pädagogischen und religiösen Institutionen. Ende Mai 2024 legte der Bundesrat einen von SP-Nationalrätin Min Li Marti angeforderten Bericht vor, der die Aufgabenteilung zwischen den Behörden aufzeigt. Bei deren Zusammenarbeit besteht in manchen Kantonen grosser Nachholbedarf.
- *Zentral sind die Sensibilität und Mitarbeit aller, die mit Gefährdeten zu tun haben.* Ernst zu nehmende Hinweise auf Radikalisierung müssen rasch an die richtigen Stellen gelangen. In einem zweiten Schritt müssen die Behörden und Institutionen interdisziplinär vorgehen und gut koordiniert zielgerichtete Massnahmen einleiten.
- *Werden Risiken der Radikalisierung erkannt, sind ein professioneller und multidimensionaler Ansatz entscheidend.* Die 2017 und 2022 vom Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

mit den Kantonen und Städten erarbeiteten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus haben sich insgesamt bewährt. Das von den Kantonen Bern, Basel-Stadt und Genf sowie der Stadt Winterthur erarbeitete Handbuch ist konzeptionell wegweisend. In manchen Kantonen und Städten ist die Umsetzung jedoch ungenügend. Das muss sich ändern.

- *Niederschwellig zugängliche, behördliche Fach- und Anlaufstellen für Deradikalisierung und Gewaltprävention haben sich bewährt.* Sie sind je nach Kanton im Integrations- und Sozialbereich, dem Kinder- und Erwachsenenschutz oder bei der Polizei angesiedelt. Noch gibt es nicht in allen Kantonen und Städten solche Fachstellen oder Einrichtungen für ein kantonales Bedrohungsmanagement (KBM). Da besteht dringender Nachholbedarf.
- Unverzichtbar ist der *Beizug von Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden Sprachkenntnissen und interkulturellen Fähigkeiten, um den Zugang zu gefährdeten Personen zu erleichtern*; dafür braucht es die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sowie entsprechende Bildungs- und Weiterbildungsangebote an Institutionen wie den Hochschulen für Sozialarbeit und Pädagogischen Hochschulen.
- Ebenso beizuziehen sind fallweise *theologische Spezialistinnen und Spezialisten*, darunter solche, die sich auf den Islam spezialisiert haben und ein Verständnis für religiöse Fragen und Bedürfnisse haben.
- *Imame müssen in der Schweiz ausgebildet* und in Weiterbildungsprogrammen begleitet werden. Auch die *islamischen Vereine und Träger von Moscheen* können wichtige Beiträge leisten, indem sie untereinander den Dialog intensivieren, gefährdete Personen ansprechen und klarstellen, dass der Islam keine Religion des Hasses und der Gewalt ist.

Zusätzlich zu diesen spezifischen Massnahmen, um Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken, braucht es generalpräventive Massnahmen, wie:

- *Kampf gegen jede Form der politischen Instrumentalisierung von Gewaltereignissen.* Pauschalisierende Schuldzuweisungen und die Ausgrenzung von Gruppen wie «die Muslime» oder «Asylsuchende» schüren Radikalisierungen, statt ihnen entgegenzuwirken.
- Auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene *ausreichende Budgets für die Prävention* und Betreuung von gefährdeten Jugendlichen und Erwachsenen.
- Gesetzliche Massnahmen, um *Social Media Plattformen in die Verantwortung* zur Bekämpfung von Hass und Desinformation *einzubinden*.
- *Spezialisierte sozialpädagogische Zentren und Treffpunkte*, die sich an Jugendliche in Schwierigkeiten richten mit qualifizierten Fachkräften, die diese mit einem systemischen Ansatz pädagogisch begleiten und eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung fördern.
- Eine *Betreuung und Begleitung*, die das körperliche und geistige Wohlbefinden von Jugendlichen stärkt und die Rechte des Kindes respektiert.
- Einrichtung von entsprechenden *Kompetenz- und Ausbildungsschwerpunkten* an Hochschulen für Sozialarbeit und Pädagogischen Hochschulen.
- *Kampagnen*, um strukturellen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung anzugehen.

Mit diesem proaktiven Ansatz, der sich auf das Wohlergehen aller konzentriert, sind wir besser gerüstet, um die Herausforderungen der Radikalisierung und des Extremismus unter gefährdeten Personen wirksam anzugehen.

Resolution von Mohamed Abdoullahi, finalisiert durch die Arbeitsgruppe Deradikalisierung mit Peter Hug und Mehmet Orucilar sowie Michele Bugnatti, Mert Odaman, Yvonne Apiyo Brändle-Amolo und Reis Luzhnica.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme